

Wir brauchen ein weltweites, staatliches Gesundheitssystem!

Der Kapitalismus hat die Seuche



Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet



Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

www.riruhr.org
info@riruhr.org

© April 2020

V.i.S.d.P. :Peter Berens, Holtkampstr.9, 46145 Oberhausen

Inhaltverzeichnis

- 2 Einleitung
- 3 Es fehlt ein europäisches Gesundheitssystem
- 5 Die Folgen der Privatisierung
- 6 Corona-Hilfe: Umverteilung für Kapitalisten
- 8 Entlassungen aussetzen!
- 9 Wir brauchen ein weltweites, staatliches Gesundheitssystem
- 11 Demokratische Rechte nicht nehmen lassen
- 12 Rettet den Kapitalismus?



Die Selbsthilfe vieler Menschen z.B. für ältere Mitmenschen, die nicht einkaufen können, ist vorbildlich. Auch zahllose Beispiele im Netz, um die Freizeit sinnvoll zu gestalten, machen Mut. Eigeninitiative unter maximalen Schutzmaßnahmen ist nicht nur eine notwendige Ergänzung zu staatlichen Gesundheitsmaßnahmen, sondern gelebte Selbsttätigkeit abseits staatlicher Bevormundung.

Der größte Teil der Weltbevölkerung ist von jeglichen Schutzmaßnahmen abgehängt. Die Reichsten der Reichen haben ihre Privatkliniken, die besten Ärzte, die beste Versorgung, die besten Schutzmaßnahmen. Der Kapitalismus kann die Gesundheit der Weltbevölkerung nicht sichern. Er ist überholt. Der Kapitalismus gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Wir treten für eine sozialistische Gesellschaft ein.

In den USA stieg die Arbeitslosigkeit um 17 Millionen Erwerbslose. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie verschärfen die bestehenden Krisensymptome zu einer gewaltigen Weltwirtschaftskrise. Regierung und Kapital werden alles dafür tun, um bald Normalität einkehren zu lassen. Doch nichts wird so wie vor der Pandemie. Der Kapitalismus ist aus den Fugen geraten. Selten in der Geschichte gab es die reale Chance, grundlegend das Gesellschaftssystem in Frage zu stellen. Unsere Forderungen müssen lauter und sichtbarer werden. Wenn nicht jetzt, wann dann? Wenn nicht wir alle, wer dann?

RIR 28.03.2020

Einleitung

Der Corona-Virus breitet sich rapide in der Welt aus. Wie viele Schutzmasken gibt es für sieben Milliarden Menschen auf der Erde, wenn nicht einmal im reichen Deutschland genug für PflegerInnen und ÄrztInnen da sind? Wie viele Betten gibt es für die weltweit schwer Erkrankten, wenn sie im reichen Italien fehlen? Wie viele Beatmungsgeräte gibt es für sieben Milliarden Menschen, wenn sie in den reichen USA nicht ausreichen? Und wie viele Tests gibt es für sieben Milliarden Menschen, wenn sie schon im reichen Spanien vermisst werden? Milliarden Menschen, besonders die Ärmsten der Armen, sind dem Corona-Virus hilflos ausgeliefert.



Es fehlt ein europäisches Gesundheitssystem

Krankhäuser, Provinzen, Regierungen, Gesundheitssysteme, Staaten, die Menschheit sind nicht auf die Pandemie COVID-19 vorbereitet. Hatten sie zu wenig Zeit?

Das Auftreten des Ebola-Virus seit 1976 hinderte die Regierungen der hoch industrialisierten Staaten und vieler anderer Länder nicht, ihre Gesundheitssysteme zu privatisieren und Konzernen zu überlassen. Als eine Folge wird der tägliche Bedarf den Krankenhäusern just-in-time geliefert, um Lagerkosten zu sparen. Die heutige Vorratshaltung der Krankenhäuser liegt weit unter der in den 1990er Jahren.

2002 verbreitete sich der SARS-Virus. Doch die zunehmende internationale Arbeitsteilung in Folge der Globalisierung führte zur Verlagerung der Produktion notwendiger medizinischer Verbrauchsartikel z.B. von Schutzmasken von Deutschland bzw. Europa nach Indien und China. Wie heißen die deutschen Kapitalisten, die die Entscheidung trafen, diese Produktion in Billiglohnländer zu verlagern?

Wir dürfen es nicht einzelnen Kapitaleignern überlassen, über Wohl und Wehe unserer Gesundheitsversorgung, über Leben und Tod der Erkrankten wirtschaftliche Vorentscheidungen zu treffen.

In Spanien wurden seit der Krise 2007 in Folge der Privatisierung des Gesundheitswesens 15 Mrd. Euro eingespart. In Italien wurde der Gesundheitsbereich um 37 Milliarden Euro und mehr als 70000 Betten zurückgefahren.

Es fehlte nicht die Zeit, um sich auf eine Pandemie vorzubereiten. Der Kapitalismus ließ das nicht zu. Die kapitalistischen Produktions- und Austauschformen sind unvereinbar mit dem Überleben der Menschheit geworden.

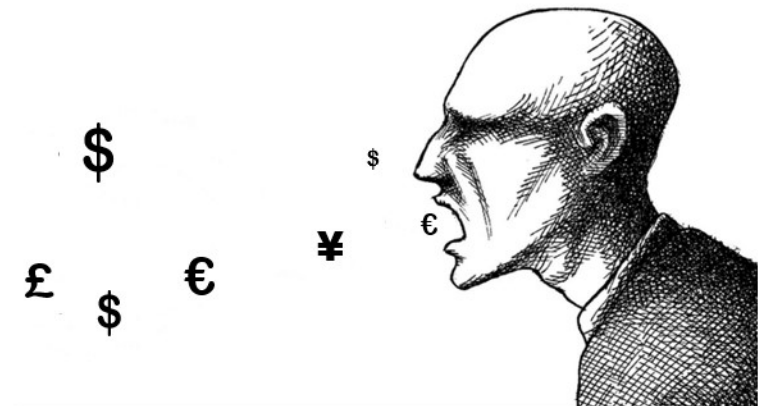
Ein europäisches Gesundheitssystem gibt es nicht. In den Reden der PolitikerInnen reduziert sich die Europäische Union auf Finanzhilfen und Übernahme von ein paar hundert infizierten Menschen aus Italien und Frankreich in deutsche Krankenhäuser. In den Medien kommt eine EU-Statistik zu COVID-19 nicht vor. Die täglichen Bilder aus Italien, Spanien und aller Welt sind begleitet von Lobliedern der PolitikerInnen auf die Überlegenheit des deutschen Gesundheitssystems.

Rettet den Kapitalismus?

Die Reichen dieser Welt spendeten für den Wiederaufbau der abgebrannten Kirche Notre Dame in Paris fast eine Milliarde Euro. Wo bleiben ihre Spenden zur Bekämpfung von COVID-19? Wir appellieren nicht an Millionäre und Milliardäre, mehr für die Bevölkerung zu tun. Denn ihr kapitalistisches System und ihre Regierungen sind entscheidende Bremsen, um Pandemien zu bekämpfen und die Menschheit zu schützen.

Wer bezahlt nach der Krise das Notpaket? CDU-CSU wollen die Kapitalsteuern senken. Soll die Arbeiterklasse mit einer 'Corona-Steuer' zahlen? Stattdessen brauchen wir eine stark progressiv ansteigende Vermögenssteuer bzw. die Beschlagnahme aller Vermögen über eine Million Euro, um sie für den Aufbau von besseren, geplanten, staatlichen Gesundheitssystemen weltweit zu verwenden.

In der Corona-Krise zeigt der Kapitalismus sein hässliches Gesicht. Selbst in den reichen industrialisierten Ländern gibt es nur für Minderheiten der Bevölkerung ausreichende Schutzmaßnahmen und gesundheitliche Versorgung.



Demokratische Rechte nicht nehmen lassen

In der Debatte um Kontakt-, Ausgangs- und Versammlungsverbote werden die unglaublichen Versäumnisse der Regierung und des privatwirtschaftlichen Gesundheitssystems ausgeblendet. Erscheint die Aufhebung des Versammlungsrechts während COVID-19 als vorübergehend notwendig, so ist sie doch ein erster Schritt zur Gewöhnung an einen autoritären Staat.

Mit dem Versammlungsverbot wird für die Zukunft ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Die Regierung erklärt den Notstand. Nach außen hin entscheiden von niemandem gewählte „Experten“. Die Medien arbeiten auf gleicher Wellenlänge. Die parlamentarische Opposition kommt kaum noch ins Bild. Es wird das demokratische Versammlungsrecht der ArbeiterInnenklasse außer Kraft gesetzt. Das ist nicht mehr weit entfernt von der Selbstentmachtung des ungarischen Parlaments, der Ausrufung des unbegrenzten Notstands und der Ermächtigung für Orban, Ungarn als Diktator zu regieren. Auch dort ist das Versammlungsrecht außer Kraft gesetzt.



Um solchen Tendenzen vorzubeugen, unterstützen wir den Aufruf des Düsseldorfer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus zur Demonstration vor dem Landtag NRW.

Dessen Vorzüge werden in erster Linie nicht an einer ausreichenden Menge von Tests, Masken, Schutzanzügen, Laborkapazitäten, MTAs, Pipetten, Pflegekräften, Ärzten und Betten gemessen, sondern an ... weniger Toten als in anderen Ländern.



Die Folgen der Privatisierung

Masken und Schutzanzügen fehlen zu allererst dem medizinischen Personal. Viele KrankenpflegerInnen und ÄrztInnen müssen von einem Patienten zum anderen gehen, ohne die Masken wechseln zu können. Wenn die PolitikerInnen so unverantwortlich mit ihnen allen umgehen, müssen sie dafür und für die Versäumnisse der Vergangenheit zur Verantwortung gezogen werden. Noch reden wir bei der Pandemie vom kommenden Tsunami. Die Frage nach der politischen Verantwortung kann für Bundes- und Landesregierungen schnell zu einem politischen Tsunami werden.

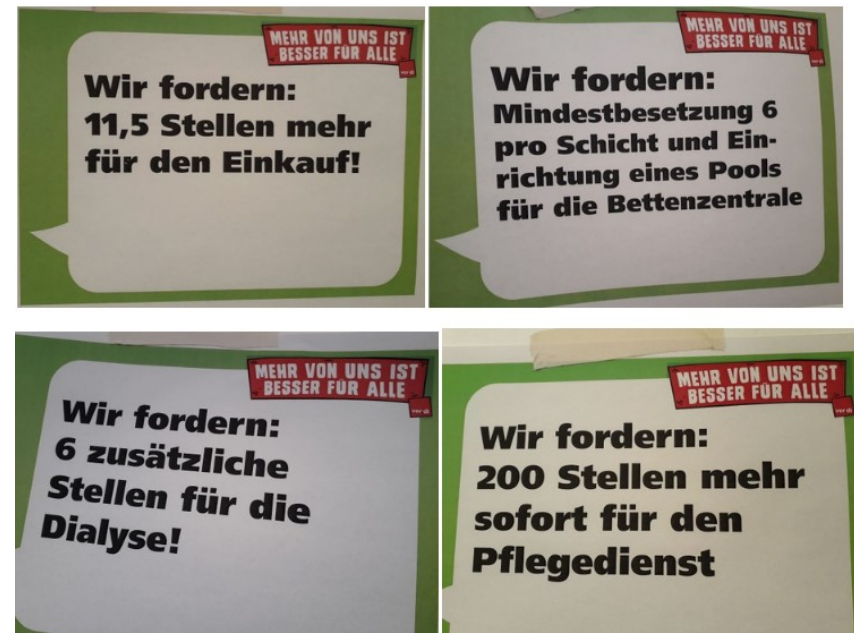


Das Personal im deutschen Gesundheitswesen und in den Pflegeeinrichtungen für alte Menschen reicht auch in normalen Zeiten nicht zur Versorgung der Bevölkerung aus. Deshalb wurden viele ÄrztInnen und Pflegekräfte anderen Ländern abgeworben, die dort ausgebildet wurden und nun dort fehlen. Die höheren Verdienstmöglichkeiten in Deutschland bilden den

entsprechenden Anreiz. Wir sind dafür, in einem staatlichen Gesundheitssystem und in einer staatlichen Altenpflege erhebliche höhere Löhne an das Personal zu zahlen. Doch fehlendes Pflegepersonal wird mittelfristig nur dann in genügender Zahl ausgebildet werden können, wenn das überkommene dreigliedrige Schulsystem aufgehoben wird. Ein neues, eingliedriges Schulsystem wie z.B. in Finnland mit neun Jahren Grundschule für alle muss eine polytechnische Ausbildung beinhalten.

Machen wir die Privatisierung der Krankenhäuser und Gesundheitssysteme rückgängig! Wir brauchen ein staatliches und kein privates Gesundheitssystem. Dazu müssen die medizinische Forschung staatlich und miteinander vernetzt und die Pharmakonzerne enteignet werden. Nur die Beschäftigten selbst sind in der Lage, das Gesundheitssystem im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung zu planen und zu verwalten.

Statt einer europäischen Armee brauchen wir eine internationale Pandemietruppe, die mit Ärzten, Pflegepersonal, mobilen Krankenhäusern und Ausrüstung an jedem Brennpunkt der Welt zur Sofortbekämpfung einsetzbar ist.



Forderungen der in ver.di organisierten KollegInnen der Uniklinik Essen (UKE) während des beispielhaft geführten Tarifstreiks 2017.

Die Einschränkung der Produktion, das Durchbrechen des täglichen Zeitablaufs, das Verbleiben vieler in den eigenen vier Wänden sind eine völlig neue, für manche sogar eine durch häusliche Gewalt traumatische Erfahrung. Das alte bisherige Leben wird auf den Kopf gestellt. Viele müssen erst lernen, außerhalb der Lohnarbeit etwas Sinnvolles mit der vielen Freizeit anzufangen. Aber es bietet sich uns auch eine große Chance, ein anderes Leben zu führen und sich nicht hauptsächlich durch Lohnarbeit verwirklicht zu sehen. Warum sollte es nicht möglich sein, die allgemeine Arbeitszeit für alle auf Dauer um die Hälfte zu kürzen? Es gibt ein besseres Leben außerhalb des kapitalistischen Trotts und Einerleis.

Wir brauchen ein weltweites, staatliches Gesundheitssystem

Die erforderliche Verstaatlichung von großen Konzernen wie Boeing, Lufthansa und anderen Unternehmen wurde zuerst in Börse vor 8 thematisiert. In Spanien wurden Hotels beschlagnahmt, um sie in Notkrankenhäuser umzufunktionieren. Der irische Gesundheitsminister verkündete die staatliche Kontrolle des Krankwesens. Wir sind dafür.



Gran Hotel Colon in Madrid zum Krankenhaus umfunktioniert

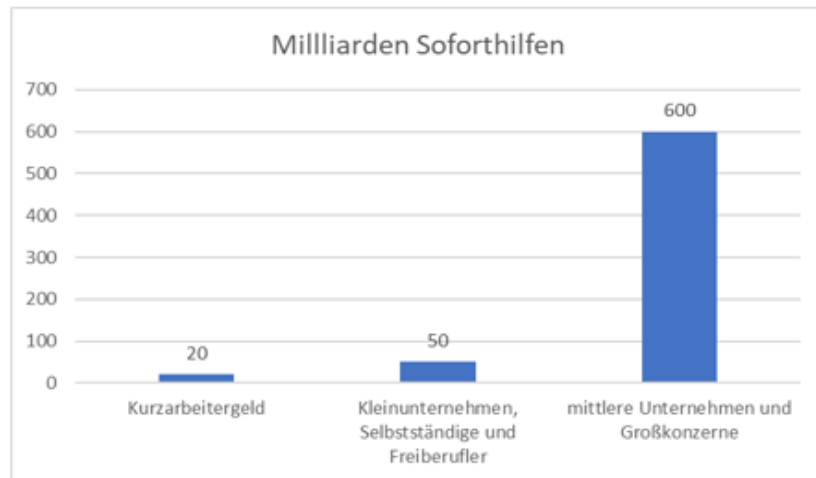
Die kapitalistische Produktionsweise ist nicht fähig, die Menschheit vor Corona zu schützen. Wir brauchen ein einheitliches, staatliches Gesundheitssystem in der EU, weltweit.

Besonders katastrophal ist es um die Forschung bestellt. Wie lange können wir es uns noch leisten, die Erforschung von Gegenmitteln, Impfstoffen und Medikamenten der Konkurrenz privater Konzerne zu überlassen, die sie anschließend zu Monopolpreisen verkaufen? Zynisch kann sich ein Herr Hopp in den Medien als Wohltäter der Menschheit aufspielen, der auf das Monopol eines Impfstoffs hofft, den er über eine Firma großzügig in aller Welt verkaufen will.

Systemrelevant sind nicht nur die Krankenhäuser, die Pharmafabriken und die Produktion von medizinischen Geräten. Die Pandemie zeigt auch die Bedeutung der Supermarktketten zur Versorgung der Bevölkerung. Wir fordern nicht nur die Enteignung des ganzen medizinischen Sektors, sondern auch der großen Supermarktketten Aldi, Lidl, Rewe, Kaufland, Penny, Netto, um die Versorgung der Bevölkerung ohne Engpässe sicherzustellen. Die VerkäuferInnen dieser Ketten brauchen nicht nur um 30 Prozent höhere Löhne, sondern vor allem die elementarste Schutzausrüstung. Es sind vor allem die oft unterbezahlten Frauen, die das Gesundheitswesen und die Versorgung aufrecht erhalten.

Corona-Hilfe: Umverteilung für Kapitalisten

Die Bundesregierung, CDU, SPD und CSU spielen sich in der Öffentlichkeit als „Macher“ auf, die alles gegen die Pandemie tun. Ihre finanziellen Soforthilfen haben eine unglaubliche Schieflage: 20 Milliarden Euro stehen für Kurzarbeitergeld zur Verfügung d.h. für die Lohnabhängigen. Dagegen gibt es 50 Mrd. Euro für Kleinunternehmen, Selbstständige und Freiberufler; allein 600 Mrd. Euro für mittlere Unternehmen und Großkonzerne. Nach der Abwicklung der früheren DDR durch die Treuhand, nach den Hilfen für die Banken in der Krise 2007 wird die jetzige Soforthilfe zur dritten und umfangreichsten Umverteilungsaktion zu Gunsten der mittleren und großen Kapitalisten in der jüngsten Geschichte Deutschlands. Soforthilfen dürfen nur an notleidende Unternehmen gehen. Alle Hilfen an Kapitaleigner – außer die an kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler – müssen in staatliche Anteile umgewandelt werden.



Tag für Tag präsentieren uns die bürgerlichen Medien die kleinen Selbstständigen, die ihre Monatsmieten nicht zahlen können und kurz vor der Pleite stehen. Aber was ist mit den Unternehmensprofiten, die sich von 1991 – 2015 verdoppelt haben, während fast die Hälfte der Lohnabhängigen, die mit niedrigen Löhnen, zwischen 1995 – 2015 sogar Reallohnverluste hatten? Warum zahlen die großen Konzerne nicht den vollen Ausgleich zum Kurzarbeitergeld? Warum zahlt der Staat nicht zu 100 % die Löhne weiter?

Die Europäische Union wird von Deutschland dominiert, das jährlich 86 Mrd. Euro Gewinne aus dem größten Binnenmarkt der Welt pumpt. Doch in der Corona-Krise weigert sich die deutsche Regierung, gemeinsam mit schwächeren Staaten Schulden aufzunehmen. Verschulden sich einzelne Länder der EU ohne Aussicht, die Schulden allein bewältigen zu können, dann könnten bald weitere Austritte aus der Europäischen Union erfolgen.



Entlassungen aussetzen!

Unternehmen und Konzerne lassen die Produktion in nicht lebensnotwendigen Betrieben weiterlaufen, ohne dass die ArbeiterInnen und Angestellten geschützt sind. In diesem Fall fordern wir zur eigenständigen Verkürzung der Arbeitszeit bis auf den Notdienst auf. Notfalls muss zum Schutz gegen die Ansteckungsgefahr der Arbeitsplatz verlassen d.h. gestreikt werden. Andere Kapitalisten nutzen die Verbreitung von COVID-19 zu Massenentlassungen oder wie bei Thyssenkrupp zur Verabschiedung von Sozialplänen. Kündigungen und Umstrukturierungen von Unternehmen müssen verboten bleiben, solange die Pandemie andauert. Es darf nicht sein, dass Massenentlassungen ohne die Möglichkeit zur Gegenwehr zulässig sind und Kapitalisten das Demonstrations- und Kundgebungsverbot für die Durchsetzung ihrer Klasseninteressen ausnutzen. Wieder andere Kapitalisten machen Pleite. Durch Insolvenzen und Entlassungen werden eine Million mehr Erwerbslose erwartet. Warum werden Pleiteunternehmen nicht enteignet und nach Überwindung der Pandemie neu eröffnet? So könnten z.B. aus einer insolventen Pizzakette staatliche Restaurants mit preisgünstigem Essen werden.

